

## **Wahlprüfsteine der Berliner Aids-Hilfe e. V.**

### Vorbemerkung zur Antwort

DIE LINKE Berlin hat sich seit Anfang der 90er Jahre stets dafür eingesetzt, die sexuelle Gesundheit in Berlin zu verbessern, die Angebote auf den unterschiedlichen Ebenen der Prävention, also von der Primär- bis zur Tertiärprävention, zu verbessern und insbesondere durch langfristige Planungssicherheit in Form von mehrjährigen Verträgen die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass in den Projekten der Primärprävention auf die Erfordernisse neuer Entwicklungen reagiert werden kann.

Neben den medizinischen Versorgungsangeboten im ambulanten und stationären Sektor, die im „Schöneberger Modell“ und den Schwerpunktpraxen ihren für Berlin adäquaten Ausdruck finden, sehen wir den Öffentlichen Gesundheitsdienst als unverzichtbare dritte Säule der Sekundärprävention. Die strukturelle Absicherung des ÖGD, insbesondere der Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, durch ausreichende Personalausstattung sowie durch Fachkräftesicherung ist uns deshalb ein besonderes Anliegen.

Wir sehen es als eine zwingende politische Aufgabe der kommenden Jahre, im Dialog und wenn nötig auch in der Auseinandersetzung mit den Kranken- und Pflegekassen dafür Sorge zu tragen, dass bislang unzureichend durch öffentliche Mittel finanzierte Aufgaben der Kassen auch durch diese selbst finanziert werden. Hierzu gehören insbesondere neue Herausforderungen im Pflegebereich aufgrund der – im Zuge medizinischen Fortschritts – deutlich verlängerten Lebenserwartung von HIV-positiven Menschen.

In den vergangenen zehn Jahren stellte DIE LINKE. jeweils die Senatorin für Gesundheit. In diesen zehn Jahren ist insbesondere mit der Schaffung des ursprünglichen LABAS-Vertrages, der zuerst Eingang in den Integrierten Gesundheitsvertrag (IGV) und nunmehr in das Integrierte Gesundheitsprogramm (IGP) gefunden hat, finanzielle Planungssicherheit hergestellt worden. Gemeinsam mit dem DPW als dem für das Gesundheitsressort wichtigen Partner bei der Weiterentwicklung der Projekte im IGP wurden insbesondere im Handlungsfeld HIV/AIDS, STI und Hepatitiden Entwicklungsprozesse über das FOGS-Gutachten, den delphi-Prozess sowie nunmehr mit dem im Ergebnis des Rosenbrock-Gutachtens beginnenden partizipativen Entwicklungsprozess im IGP-Handlungsfeld die Rahmenbedingungen für ein zukunftsfähiges Vorgehen im Politikfeld sexuelle Gesundheit geschaffen.

Dabei ist klar, dass sexuelle Gesundheit für Berlin ein Themenfeld darstellt, das untrennbar mit verschiedenen Politikfeldern verknüpft ist und deshalb – bei klarer Federführung im Gesundheitsressort - interministeriell bearbeitet werden muss. Denn neben Präventionsangeboten, gefördert aus dem IGP, sehen wir Handlungserfordernisse im Strafvollzug, im Hinblick auf Gesundheitsbildung sowie in der Integrations- und Flüchtlingspolitik. Integration bezieht sich freilich nicht allein auf Berliner/-innen mit Migrationshintergrund, sondern ist zu verstehen als Inklusion in die Arbeitswelt, beim Leben im Alter, im Pflegebereich u.v.a. mehr.

DIE LINKE. vertritt also, wie aus den vorhergehenden Darlegungen deutlich wird, ebenso wie die BAH den Ansatz der „strukturellen Prävention“, also die Einheit der drei genannten Präventionsebenen in Verbindung mit einem bürgerrechtsorientierten und im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Selbsthilfe ins Zentrum rückenden Konzepts.

## **1. Prävention von HIV und STIs / Förderung der sexuellen Gesundheit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen**

Seit über 14 Jahren klärt die BAH SchülerInnen zu HIV/Aids auf. Um dieses Angebot dauerhaft für Berliner Jugendliche sicherzustellen bedarf es einer Regelfinanzierung.

- *Wird Ihre Partei ein solches Vorhaben unterstützen?*
- *Wie wird Ihre Partei Peer-Education Projekte im Bereich Prävention / Förderung sexueller Gesundheit unterstützen?*
- *Werden Sie eine solche sexualpädagogische ehrenamtliche Arbeit fördern?*
- *Für wie sinnvoll erachtet es Ihre Partei, die Themen sexuelle Gesundheit und Familienplanung als Teil der Sexualpädagogik verbindlich in die Studienordnungen der Berliner Lehramtsstudierenden zu integrieren?*
- *Für wie sinnvoll erachtet es Ihre Partei, fächerübergreifende Fortbildungen im Bereich sexuelle Gesundheit und Familienplanung für Lehrkräfte anzubieten und welche Maßnahmen werden ergriffen, Lehrkräfte interdisziplinär zu diesen Themen zu schulen?*

Ausgehend vom Ansatz der Gesundheitskompetenz spricht sich DIE LINKE. dafür aus, die bisher bestehenden Angebote der Gesundheitsbildung in Berlin zu verstetigen. Dafür ist eine Regelfinanzierung ebenso unverzichtbar wie die zügige Umsetzung der Evaluation der fächerübergreifenden Unterrichtung des Themas sexuelle Gesundheit. Auf dieser Grundlage ist dann der Bedarf der ehrenamtlichen Sexualaufklärung und die beste Umsetzungsform festzustellen.

Hinsichtlich der verbesserten Integration der Themen sexuelle Gesundheit und Familienplanung in die Lehramtsstudiengänge kann die verbindliche Integration in die Studienordnungen ein denkbarer Weg sein. Erforderlich ist darüber hinaus jedoch, im Dialog mit den lehramtsausbildenden Hochschulen, adäquate und attraktive Formen der inhaltlichen Vermittlung zu entwickeln, um zu vermeiden, dass es bei einer pflichtgemäßen Absolvierung dieses Bausteins der Studienordnung bleibt. In gleicher Weise sehen wir die für Schule und Lehrer/-innenbildung zuständige Senatsverwaltung in der Pflicht, gemeinsam mit den Institutionen der Lehrer/-innenfort- und weiterbildung und den Akteuren der Selbsthilfe, attraktive und zeitgemäße Veranstaltungsformen der Fort- und Weiterbildung in diesem Themenfeld zu entwickeln, die auch den unterschiedlichen Herausforderungen der Schultypen, Altersgruppen und interkulturellen Hintergründe der Schülerinnen und Schüler Rechnung trägt.

## **2. Die Versorgung vulnerabler Gruppen von Menschen mit HIV/Aids aus sekundärpräventiver Sicht**

### 2.1. Vulnerable Gruppen mit Drogenkonsum

- *Wie steht Ihre Partei zu einer zeitnahen Ausweitung/Einführung der - in der Vermeidung/Verringerung der Übertragung von HIV und Hepatitiden wirksamen und in Freiheit als Harmreduction-Maßnahme anerkannten - Vergabe von sterilen Spritzen für inhaftierte Männer im Berliner Justizvollzug?*

DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren stets für die Ausweitung des Modells der Spritzenautomaten in den Berliner Justizvollzugsanstalten, über die Frauen-JVA hinaus, eingesetzt, wie aus einer Vielzahl von Stellungnahmen und parlamentarischen Aktivitäten deutlich wird. Die von der LINKEN gestellte Gesundheitssenatorin hat diesen Aspekt deshalb selbstverständlich zum Gegenstand des o.a. Entwicklungsprozesses im IGP-Handlungsfeld gemacht.

- *Wie ist die Position Ihrer Partei zur Vergabe von Diamorphin an schwerstdrogenabhängige Menschen im Berliner Strafvollzug?*

Bedauerlicherweise ist es bislang nicht gelungen, die Diamorphin-Behandlung in Berlin durchzusetzen. Wie in anderen Städten, abgesehen von denjenigen, die bereits am Modellversuch teilgenommen hatten, ist es auch in Berlin für ambulante bzw. stationäre Anbieter schwer, die notwendigen finanziellen und praktischen Erfordernisse zu bewältigen. Sollte eine entsprechende Einrichtung in Berlin geschaffen werden, ist es mittelfristig unverzichtbar, die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen vorausgesetzt, dieses Angebot auch Personen im Berliner Strafvollzug zugänglich zu machen.

### 2.2. Vulnerable Gruppen mit einer Migrationsgenese

Gesundheitsförderung und -erhalt von migrierten Frauen und Männern sollte so gestaltet werden, dass unabhängig des rechtlichen Aufenthaltsstatus eine Teilnahme an der medizinischen/therapeutischen Versorgung garantiert wird.

- *Wird Ihre Partei dafür bundespolitisch aktiv werden? Und wenn ja, mit welchen Initiativen und Mitteln?*
- *Wie steht Ihre Partei zur Einführung des anonymen Krankenscheins für alle Menschen, die sich in Deutschland ohne Aufenthaltsstatus aufhalten?*
- *Werden Sie die schon lange fällige Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes landes- und bundespolitisch unterstützen?*

DIE LINKE setzt sich auf Bundes- und Landesebene seit Jahren für den anonymen Krankenschein ein. Unter anderem deshalb wurde, auf Initiative der Berliner Gesundheitssenatorin, der Runde Tisch Flüchtlingsmedizin geschaffen, der einerseits die Möglichkeiten für die Einführung dieses Modells verbessern und gleichzeitig parallel dazu weitere Verbesserungen bei der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen aber auch anderen nicht oder nicht ausreichend Versicherten Personen, insbesondere aus EU-Osteuropa, umsetzen soll.

Im Deutschen Bundestag hat DIE LINKE verschiedene Initiativen eingebracht, die auf eine Abschaffung aller Regelungen abzielen, die Flüchtlinge an der Wahrnehmung sozialer, politischer und kultureller Rechte hindern.

Viele Flüchtlinge müssen unterhalb des Existenzminimums leben. Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht Sozialleistungen für Flüchtlinge vor, die weit unter den Hartz-IV-Sätzen liegen. Dieses zutiefst diskriminierende Gesetz muss abgeschafft werden. Asylbewerber und Geduldete sollten Anspruch auf Sozialleistungen haben wie alle anderen auch und auch selbstbestimmt darüber verfügen dürfen. DIE LINKE setzt sich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene seit langem dafür ein.

Das Verhalten der Bundesregierung ist skandalös: trotzdem sie die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes bereits eingestanden hat, ist noch nichts unternommen worden, um diesen Zustand zu ändern. In Berlin müssen alle Spielräume genutzt werden, die das Bundesrecht hergibt, um möglichst viel für die Flüchtlinge zu erreichen. So lehnt DIE LINKE Leistungen in Form von Chipkarten, Gutscheinen etc. als diskriminierend und entmündigend ab.

Deshalb ist es in Berlin ermöglicht worden, dass die Leistungen in Form von Geld ausbezahlt werden. In Berlin haben Flüchtlinge zudem das Recht, nach der Erstaufnahme in eigenen Wohnungen zu leben, die Kosten übernimmt der Staat.

Durch Initiative der LINKEN ist das Land Berlin zudem mit Bundesratsinitiativen (Änderung des § 6 AsylbLG bzw. Zugang zur Gesetzlichen Krankenversicherung) und mit Initiativen im Rahmen der Arbeits- und Sozialministerkonferenzen (Erhöhung der Grundleistungen, Zugang zur medizinischen Versorgung für Menschen ohne Papiere) bereits vielfach auf Bundesebene aktiv geworden. Die Abstimmungsergebnisse haben deutlich gemacht, dass die Mehrheitsverhältnisse derzeit wenig zulassen. DIE LINKE wird weiterhin Überzeugungsarbeit für die Abschaffung des AsylbLG leisten.

### **3. HIV-Antikörpertest – Beratung und Durchführung**

- *Wird Ihre Partei den Ausbau des HIV- Antikörpertests in der BAH für die Allgemeinbevölkerung unterstützen?*

Im Kontext des Übergangs vom „alten AIDS“ zum „neuen AIDS“ in Folge des medizinischen Fortschritts gewinnt der HIV-Antikörpertest primär medizinisch aber auch primärpräventiv einen neuen Stellenwert und ist deshalb der Allgemeinbevölkerung zur Verfügung zu stellen. Damit verbinden sich zugleich Fragen der Finanzierung solcher Angebote. DIE LINKE sieht den Staat, also hier das Land Berlin, nur so lange in der Pflicht, wie solche Tests durch die Krankenkassen als Regelleistung finanziert werden.

#### **4. Die sekundär- und tertiärpräventive Arbeit**

- *Welche Schritte planen Sie, die sekundär- und tertiärpräventive Versorgung für Menschen mit HIV/Aids anzupassen?*

Es wird auf die Ausführungen der Vorbemerkung verwiesen.

#### **5. Die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Formen von Selbsthilfe und Ehrenamt**

- *Wie und in welchem Umfang wird Ihre Partei die GIPA-Prinzipien (Greater involvement of people living with HIV/Aids), die die Mitgestaltung von Menschen mit HIV beinhalten, umsetzen?*

Unsere Gesundheitssenatorin, Katrin Lompscher, hat als erste Gesundheitsministerin eines deutschen Bundeslandes Prozesse zur Umsetzung des GIPA-Prinzips eingeleitet. So sind Menschen mit HIV/Aids am begonnenen Entwicklungsprozess beteiligt. Bei der Erarbeitung der Rahmenkonzeption zur Prävention von HIV/AIDS und dem Entwicklungskonzept (Rosenbrock-Konzept) wurde großen Wert auf die Einbeziehung von Positiven gelegt. Die Auftaktveranstaltung zur Umsetzung, der in den Konzeptionen festgelegten Maßnahmen hat erst kürzlich stattgefunden. Dabei wurde festgelegt, dass die Positiven-Sprecher der AIDS-Hilfe und der agb+ bei der Arbeit in den Themengruppen einbezogen werden. Unter anderem dadurch sehen wir die GIPA-Prinzipien gewahrt.

- *Mit welchen Instrumenten wird Ihre Partei generell das ehrenamtliche Engagement fördern? Werden Sie sich z.B. dafür einsetzen, dass Ehrenamtliche kostenfrei den öffentlichen Nahverkehr benutzen können? Oder aber, dass Ehrenamtliche verbindliche Aufwandsentschädigungen bekommen, die auch von den Zuwendungsgebern finanziert werden?*
- *Werden Sie sich für eine Gleichrangigkeit von Praktika und Ehrenamt in Hinblick auf Studienplatzvergabe, Studienanforderungen, allgemeine Stellenvergabe einsetzen?*
- *Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Zusammenarbeit von Senatskanzlei und Senatsverwaltung so zu verbessern, dass die aktuellen Doppelstrukturen (Freiwilligenpass & Berliner Ehrenamtskarte) aufgelöst werden können?*

Für DIE LINKE ist freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement für Berlin unverzichtbar. Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Interessenverbände sind erfolgreich, weil sie Ausdruck einer ganz eigenen Kultur der Selbstorganisation, der Hilfe, der sozialen Netzwerke und der Lobbyarbeit von Betroffenen für Betroffene sind. DIE LINKE hat in der Koalition Wichtiges zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements unternommen. Gemeinsam mit der zentralen

Freiwilligenagentur Berlin wurde die Praxis thematischer und ergebnisorientierter Runder Tische mit den Beteiligten installiert. Seit dem 1. Januar 2005 gibt es in Berlin einen umfangreichen Versicherungsschutz (Unfall- und Haftpflichtversicherung) für das Ehrenamt. Im September 2005 konnte auf der Grundlage eines gemeinsam mit zahlreichen freiwillig Engagierten und hauptamtlichen Kräften aus Vereinen und Verbänden erarbeiteten Konzepts der FreiwilligenPass eingeführt werden. Zur besseren Information und Kommunikation wurde im Rahmen von „berlin.de“ das Bürgerportal „Bürger aktiv“ geschaffen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement noch mehr zu fördern und anzuerkennen. Wir wollen Ehrenamtliche in ihrer Arbeit durch Weiterbildungsangebote ebenso unterstützen wie durch Fahrkarten, wenn eigene Mittel dafür nicht ausreichen.

DIE LINKE tritt für eine vielfältige Anerkennungskultur, darunter auch finanzieller Anerkennung, für ehrenamtliches Engagement ein. Sie unterstützt die verschiedenen Formen in Berlin und in den Bezirken, wie z.B. die Auslobung von Preisen für Bürgerengagement oder die Förderung von Stadtteilinitiativen durch einen jährlichen Anerkennungsbeitrag durch das Bezirksamt.

Es ist aus unserer Sicht eine wertvolle Erfahrung, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und soziale und demokratiefördernde Kompetenzen zu erwerben, die auch für andere Lebensbereiche bedeutsam sind. Dazu gehört auch die Idee, dass ehrenamtliches Engagement Berücksichtigung beim Bewerbungs- und Zulassungsverfahren an Berliner Hochschulen und Fachhochschulen finden sollte. Wir sind uns der Probleme, die damit zusammenhängen, bewusst. Dennoch wollen wir eine seriöse Debatte darüber, ob nicht ehrenamtliches Engagement ein förderlicher Faktor bei Bewerbungen sein soll, wenn es sich auf Felder erstreckt, sie in einem inneren Zusammenhang mit dem stehen, wofür man sich bewirbt. Rot-Rot hat mit der Einführung des FreiwilligenPasses gute Voraussetzungen dafür geschaffen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die bestehenden Unterstützungsstrukturen der Freiwilligenarbeit und der Bürgerbeteiligung in Berlin nachhaltig gesichert und ausgebaut werden. Hierzu zählen Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshäuser und Selbsthilfeinitiativen.

## **6. Die Förderung und Gleichstellung von NGOs**

- *Werden Einrichtungen, die mit öffentlichen Aufgaben betraut sind (Subsidiarität) Zuwendungserhöhungen erhalten, um die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst ebenfalls realisieren zu können oder sollen MitarbeiterInnen dieser Einrichtungen untertariflich bezahlt werden?*

DIE LINKE hat sich bereits in den vergangenen zwei Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, die Mittel in den Gesundheits- und Sozialverträgen mit dem Ziel zu erhöhen, Tarifanpassungen vornehmen zu können. Auch im Bereich der NGO gilt: Gutes Geld für gute Arbeit.

## 7. Der gesellschaftliche Blick

### 7.1. Die Entstigmatisierung und Gleichbehandlung von Menschen mit HIV/Aids

- *Mit welchen Mitteln wird Ihre Partei sich für die Entstigmatisierung von HIV-positiven Frauen, Männern und Kindern einsetzen?*
- *Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um Menschen mit HIV vor Diskriminierung, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit zu schützen?*

Ohne DIE LINKE in der rot-roten Koalition wären in Berlin weder das Integrations- und Partizipationsgesetz, das Integrationskonzept und der Berliner Aktionsplan gegen Homophobie beschlossen worden. Zusätzlich wurde die Landesantidiskriminierungsstelle geschaffen, die über Rechte von Menschen, die sich einer Diskriminierung ausgesetzt sehen aufklärt und Mut macht, sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen. Sie hat mit ihrer Arbeit nicht nur vielen Einzelpersonen geholfen, sie hat auch die Vielschichtigkeit von Diskriminierungen aufgezeigt und zu deren Abbau beigetragen. Dazu zählen die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, die Diskriminierung Älterer, von Menschen mit Behinderungen, von Migrantinnen und Migranten, von Frauen und Schwulen, Lesben und Transgender. Das Allgemeine Antidiskriminierungsgesetz auf Bundesebene bietet dafür einen Rahmen. Doch es hat sich erwiesen, dass es nicht ausreicht. DIE LINKE streitet deshalb in der nächsten Wahlperiode dafür, auf Landesebene ein ergänzendes Landes-Antidiskriminierungsgesetz zu erlassen. Das soll zum Beispiel auch die Diskriminierung aufgrund des sozialen Status erfassen. Wir wollen die Geltung von Antidiskriminierungsmaßnahmen auf öffentliche Güter und Dienstleistungen, allgemeine Verwaltungsverfahren, Bildung, Gesundheit und Soziales ausweiten und einen wirksameren Rechtsschutz über eine verbesserte Beteiligung, Auskunftsrechte und Klagebefugnis von Verbänden/Personalräten verankern. Die Kooperation von Selbsthilfeeinrichtungen und der Polizei, wie sie erfolgreich bei „maneo“ praktiziert ist, wollen wir fortführen und darüber hinaus evaluieren, welche Maßnahmen, die in den genannten Konzepten aufgeführt sind, erfolgreich waren, um diese dann regelfinanziert fortzuführen.

- *Werden Sie sich gegen eine HIV-Zwangstestung bei Neueinstellungen oder bei ärztlichen Krankenhausuntersuchungen positionieren, um so eine Gleichbehandlung und soziale Gerechtigkeit für Menschen mit HIV zu schaffen?*

Ja.

## 7.2. HIV und Arbeit

- *Inwieweit engagiert sich Ihre Partei dafür den Arbeitsmarkt so auszudifferenzieren, dass auch Menschen mit HIV und Aids lebensunterhaltstragende Voll- und Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten erhalten?*
- *Wie steht Ihre Partei zum Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors für chronisch Erkrankte und Menschen mit Behinderung?*
- *Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den möglichen Zuverdienst für chronisch Erkrankte bzw. Menschen mit Behinderung bei EU-Renten / Hartz IV / Grundsicherung so anzuheben, dass das selbsterwirtschaftete Einkommen in angemessener Höhe selbstbestimmt zur gesellschaftlichen Teilhabe eingesetzt werden kann?*
- *Inwieweit wird sich ihre Partei dafür einsetzen, Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherungen für HIV-Positive zu ermöglichen?*
- *Was werden Sie tun, um die Akzeptanz HIV-Positiver am Arbeitsplatz zu fördern?*

Wie Sie wissen, ist die Arbeitsmarktpolitik eine Bundesaufgabe. Hatten die Kommunen bis zum letzten Jahr über die Arbeitsgemeinschaften (Jobcenter) noch einen gewissen Einfluss, ist uns dieser mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgesetzes und der daraus erfolgten gesetzlichen Klarstellung der Zuständigkeiten, genommen worden.

Die Auswirkungen spüren wir zur Zeit. Die Kürzungen der Bundesregierung in der Arbeitsmarktpolitik führen auch in Berlin zu erheblichen Einschränkungen und wir sind trotz großer Anstrengungen nicht in der Lage dies auszugleichen. Immerhin fehlen durch die Entscheidungen der Bundesregierung allein in diesem Jahr 200 Mio. € im Etat der Jobcenter.

Dennoch gibt es eine Reihe von Gestaltungsmöglichkeiten:

- In den jährlich aufzustellenden Arbeitsmarktprogrammen sollen bestimmte Zielgruppen einen besonderen Raum einnehmen. Dazu zählen auch chronisch kranke Menschen. Bei der Planung von Maßnahmen (z.B. MAE) sind diese entsprechend zu berücksichtigen.
- Wir fordern Maßnahmenbündel, die soziale Angebote und Arbeitsfördermaßnahmen zusammenführen. Dabei wollen wir langfristige Förderstrategien (Einzelmaßnahmen, die aufeinander aufbauen.), die nachhaltig helfen.
- Dazu sind bereits Arbeitsgruppen mit Jobcentern, Bezirken, der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit und dem Senat gebildet worden. Wir bringen unsere Vorstellungen dort ein. Erste Ergebnisse sollen im Dezember vorliegen. Diese werden wir auch in die Weiterentwicklung des o. g. Rahmenkonzeptes einbringen.
- Maßnahmenplanungen sollen mit den Trägern und den Bezirken/Senat zukünftig rechtzeitig inhaltlich abgestimmt werden (z.B. kommunales Votum für die AGH bei der Schwulenberatung). Die Letztentscheidungen der Jobcenter sollen den Trägern transparent gemacht werden.

- Außerdem setzen wir auch weiterhin auf den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der jenseits der kurzfristigen 1€-Jobs langfristige Perspektiven schaffen kann. Unsere Erfahrungen zeigen, dass mit unseren ÖBS-Stellen neue Lebensperspektiven geschaffen werden konnten. Wir sind in Berlin die einzige Partei, die konsequent auf diese Förderung setzt. Insgesamt sind dafür 36 Mio. € vorgesehen. Davon profitieren nach unseren Erkenntnissen auch Menschen mit HIV/Aids, denn sie sind durch ihre chronische Krankheit oft gesundheitlich so eingeschränkt, dass es nur geringe Perspektiven auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt gibt.
- Bereits begonnen haben wir mit der Aufklärungsarbeit in den Jobcentern. Diese soll fortgesetzt werden. Unsere Erfahrung ist, dass die Angebote der Beratungsstellen und öffentlichen Einrichtungen von den Kollegen in den Jobcentern gern angenommen werden. Das wollen wir auch weiterhin organisieren und ggf. vertiefen.